Sollen schon Primarschüler zwingend eine zweite Landessprache lernen? Diese Frage spaltet die Schweiz entlang des Röstigrabens. Foto: Alamy

Die Romandie kämpft für das Frühfranzösisch

Die Erziehungsdirektoren wollen nicht, dass der Bund eingreift. Westschweizer Vertreter sehen das anders.

Anja Burri
Bern

Nie war es für Familien mit schulpflichtigen Kindern einfacher, den Kanton zu wechseln, als heute. Seit der Annahme des Bildungsartikels vor neun Jahren haben es die Kantone nämlich geschafft, ihre Schulsysteme einander weitgehend anzugleichen. Zu diesem Schluss kommt die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in ihrer gestern veröffentlichten Harmonisierungsbilanz.

Trotzdem droht weiterhin das, was die Kantone vermeiden wollen: ein Eingreifen des Bundes in die Schulhoheit der Kantone. Grund ist der Fremdsprachenunterricht. Heute lernen die Kinder in 23 Kantonen zwei Fremdsprachen in der Primarschule: die erste spätestens ab der dritten, die zweite ab der fünften Klasse. Mindestens eine davon muss eine zweite Landessprache sein. Die Kantone Aargau, Uri und Appenzell Innerrhoden weichen von diesem Sprachenkompromiss der EDK ab – wobei der Aargau sein System ab 2020 anpassen will. Bald kommt mit Thurgau aber ein Abweichler dazu: Die Behörden arbeiten daran, im Auftrag des kantonalen Parlaments den obligatorischen Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben. Laufe alles nach Plan, werde der neue Fremdsprachenunterricht im August 2017 zusammen mit dem Lehrplan 21 eingeführt, heisst es beim Departement für Erziehung und Kultur Thurgau auf Anfrage. Im Kanton Luzern wird das Stimmvolk über eine Volksinitiative abstimmen, die ebenfalls nur noch eine Fremdsprache auf Primarstufe verlangt. In Zürich wird eine ähnliche Initiative lanciert.

Machtwort des Bundesrats

In der Westschweiz verfolge man diese Entwicklung mit grosser Sorge, sagte Elisabeth Baume-Schneider, jurassische Regierungsrätin und Vizepräsidentin der EDK, gestern vor den Medien in Bern. «Alle Schüler sollten die Möglichkeit haben, die Landsleute in anderen Teilen der Schweiz zu verstehen.» Solange sich bloss zwei Kantone nicht an den Sprachenkompromiss der EDK hielten, bestehe Hoffnung, dass sich diese irgendwann anpassten. «Werden es aber mehr, wird die Westschweiz eine Bundeslösung unterstützen», sagte sie. Die Jurassierin kann auch auf ihren Parteikollegen, Kulturminister Alain Berset, zählen. Er werde es nicht akzeptieren, sollte ein Deutschschweizer Kanton beschliessen, die Primarschüler nur Englisch und keine zweite Landessprache mehr zu lehren, sagte der Bundesrat mehrfach im nationalen Parlament.

Die Vorlage für einen Eingriff des Bundes liegt bereits vor: Das Bundesamt für Kultur hat in einem Bericht einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet. Das Sprachengesetz könnte mit einem Satz ergänzt werden: «In der zweiten Landessprache beginnt der Unterricht auf der Primarschulstufe.» Der Bundesrat habe die rote Linie klar definiert, sagt David Vitali, Leiter der Sektion Kultur und Gesellschaft beim BAK. Zuerst müsse man den Kantonen aber Zeit geben, auf den Harmonisierungs-Appell der EDK zu reagieren. Es sei anzuerkennen, dass die Kantone bereits grosse Anstrengungen zugunsten des Unterrichts einer zweiten Landessprache unternommen hätten.

Als Nächstes ist die ständerätliche Bildungskommission (WBK) am Zug. Sie entscheidet im August über zwei weitere Vorschläge, wie die Kantone via Sprachengesetz diszipliniert werden könnten. Die beiden parlamentarischen Initiativen, die die nationalrätliche WBK ausgearbeitet hat, dürften allerdings chancenlos sein, wie eine Umfrage des TA ergab. Der Ständerat tut sich grundsätzlich schwer mit Gesetzesänderungen, die den Spielraum der Kantone einengen. Anders sieht es WBK-Präsidentin und SP-Ständerätin Géraldine Savary: «Ich würde gerne ein Signal an die Kantone senden.» Auch SP-Nationalrat Matthias Aebischer, der die nationalrätliche WBK präsidiert, sagt: «Gerade mit Blick auf mögliche weitere Volksabstimmungen in den Kantonen wäre es gut, ein Druckmittel zu haben.» Für Savary und Aebischer ist klar: Sollte ein Kanton die rote Linie von Bundesrat Berset überschreiten, werde der Gesetzesvorschlag des BAK aktuell.

Das ist ein Szenario, das EDK-Präsident Christoph Eymann Sorgen bereitet. Die EDK rufe die Kantone dazu auf, sich in der Fremdsprachenfrage zu einigen. Das brauche Zeit. Im Moment bestehe kein Anlass für eine Bundesintervention. Ein Eingreifen des Bundes und damit eine Änderung des Sprachengesetzes könnte nämlich ein Referendum provozieren. «Den Kraftakt einer solchen Volksabstimmung müssen wir im Interesse des Zusammenhalts der viersprachigen Schweiz vermeiden», sagt der baselstädtische Bildungsdirektor.

Die ewige Fetz und andere vorzeitige Wahlsieger

Die Basler Bürgerlichen erleben ihr nächstes Debakel: Schon wieder finden sie keinen Gegenkandidaten für SP-Ständerätin Anita Fetz.

Philipp Loser

In der Not oder manchmal auch einfach so bedient sich der Schweizer Politiker gerne der Fussballmetapher. Da wird im Nationalratssaal plötzlich über die Flügel gestürmt, eine perfekte Vorlage eingenetzt oder die Gelbe Karte gezeigt (oder manchmal sogar die Rote!). Eine besonders eifrige Fussballrhetorikerin ist die langjährige Basler Ständerätin Anita Fetz von der SP. «Der Match dauert 90 Minuten», sagt Fetz zu ihrem aktuellen Wahlkampf, «und erst dann pfeift der Schiedsrichter ab.»

Das Bild ist natürlich schief, so wie die meisten Fussballsprüche im Bundeshaus. Im aktuellen Fall von Fetz ist das Bild aber auch inhaltlich falsch: Der Match um ihre Wiederwahl ist schon lange vor dem Anpfiff entschieden, Anita Fetz wird auch nach dem 18. Oktober die Ständerätin des Kantons Basel-Stadt sein.

Seit 1967 hält die SP den Basler Ständeratssitz, seit 2003 von Anita Fetz. Und die Bürgerlichen tun alles dafür, damit das so bleibt. Vor acht Jahren war ein blasser Liberaler chancenlos gegen Fetz. Vor vier Jahren einigten sich die Bürgerlichen zuerst auf Nationalrat Sebastian Frehner (SVP) als Kandidaten – und liessen ihn dann kurzfristig wieder fallen. In diesem Jahr war es noch schlimmer: Zum ersten Mal überhaupt hätten SVP, FDP, Liberale und CVP mit Regierungsrat Christoph Eymann (LDP) einen valablen Gegenkandidaten parat gehabt, einen mit intakten Wahlchancen. Aber es wird wieder nichts. Eymann wollte gleichzeitig für Nationalrat und Ständerat kandidieren, und das passte FDP und SVP nicht: Sie fürchteten bei einer Doppelkandidatur um die eigenen Sitze. Man werde nun wohl Forfait geben, sagte Gewerbeverbandspräsident Marcel Schweizer (FDP) der «Schweiz am Sonntag» nach der entscheidenden Sitzung.

Fetz mag dem Forfait der Bürgerlichen noch nicht richtig trauen. Irgendwen

Anita Fetz.

würden die Parteien dann schon noch finden. «Alles andere wäre ein riesiger ‹Schämer›.» Sie habe sich auf einen harten Wahlkampf eingestellt, Eymann wäre ein würdiger Gegner gewesen.

Fetz ist nicht die einzige Politikerin, die ihren Wahlkampf beenden kann, bevor er begonnen hat. Im Kanton Appenzell Innerrhoden wurde Ständerat Ivo Bischofberger (CVP) bereits im Frühling an der Landsgemeinde per Handaufheben und ohne Gegenstimme bestätigt. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. In Appenzell Ausserrhoden möchte Andrea Caroni (FDP) der Nachfolger von Hans Altherr (FDP) werden – ein Gegenkandidat fehlt auch hier, Caroni gilt als so gut wie gewählt.

Im Kanton Graubünden haben die beiden Ständeräte Stefan Engler (CVP) und Martin Schmid (FDP) bislang keine Konkurrenz. «Eine Wahl müsste eigentlich auch eine Auswahl sein», sagt Engler. Aber es sei nicht sein Problem, wenn die Gegenseite niemanden aufstelle. Eine stille Wahl ohne Urnengang ist im Kanton Graubünden nicht vorgesehen. «Das ist richtig so», sagt Engler, «die Bevölkerung muss die Möglichkeit haben, uns einen Denkzettel zu verpassen.»

Zwei Kantone wählen gar nicht

In den Kantonen Nidwalden und Obwalden bleibt der Bevölkerung diese Möglichkeit verwehrt. In beiden Kantonen kann der jeweils einzige Nationalrat oder die einzige Nationalrätin (was eher selten ist) per stille Wahl bestimmt werden. Und in beiden Kantonen sieht es im Moment danach aus, dass sich die Amtsinhaber tatsächlich keiner echten Wahl stellen müssen. Sowohl Karl Vogler (CSP) in Obwalden wie auch Peter Keller (SVP) in Nidwalden fehlen Gegenkandidaten. So speziell sei das nicht, sagt Keller, Nationalräte seien in seinem Kanton schon oft still gewählt worden.

Als Anhänger von demokratischen Entscheiden habe er dabei schon gemischte Gefühle. Aber ändern könne er am Verfahren nichts. «Ich kann ja schwerlich gegen mich selber antreten.»

23 Schweizer Al-Qaida- und IS-Fälle

Die schweizerischen Strafverfolger beschäftigen sich intensiver mit dem islamistischen Terrorismus als bislang bekannt. «Die Bundesanwaltschaft hat bisher in 23 Fällen ein Strafverfahren wegen des Verdachts des Verstosses gegen das Verbot der Gruppierungen al-Qaida und Islamischer Staat sowie verwandter Organisationen eröffnet», schreibt Sprecherin Nathalie Guth auf Anfrage. Die Verfahren richten sich gegen mutmassliche «Jihadreisende» sowie gegen Personen, die der Propaganda oder anderweitigen Unterstützung der Terroristen verdächtigt werden. Ermittelt wird beispielsweise gegen einen jungen Mann aus dem Raum Winterthur, der im Frühjahr vor einem Flug in die Türkei auf dem Zürcher Flughafen verhaftet wurde. Der Beschuldigte kam nach kurzer Zeit wieder frei. Jüngst wurden in diesem Fall Auskunftspersonen befragt. Der Verteidiger des Beschuldigten rechnet mit einer Einstellung des Verfahrens. Auch im Fall der drei Iraker, die verdächtigt werden, eine IS-Zelle in der Schweiz gebildet zu haben, gab es kürzlich Einvernahmen. Die Anklage, die für die erste Jahreshälfte 2015 angekündigt war, soll laut Bundesanwaltschaft im Spätsommer, allenfalls Anfang Herbst erfolgen. *(tok)*

Nachrichten

Medien
RTVG-Beschwerden kommen vor Bundesgericht

Beim Bundesgericht sind aus Baselland und Zürich Beschwerden gegen das RTVG eingegangen. Es geht unter anderem um die Forderung, dass das Resultat der Abstimmung vom 14. Juni landesweit überprüft werden müsse. Das neue RTVG wurde mit 3500 mehr Ja- als Nein-Stimmen angenommen. Auf Bundesebene handelt es sich um eines der knappsten Ergebnisse. *(SDA)*

Kaderlohn
Roger de Weck verdiente im letzten Jahr 560 411 Franken

Der Lohn von SRG-Generaldirektor Roger de Weck lag 2014 bei 560 411 Franken. Das sind 69 000 Franken mehr als im Jahr davor. Der Vergleich ist gemäss dem Kaderlohnreporting des Bundes, den die Regierung gestern genehmigte, jedoch wenig aussagekräftig, da für 2013 aufgrund einer Übergangsregelung nur 40 Prozent der Leistungskomponente ausbezahlt wurden. Seit 2014 wird die ganze Leistungskomponente im April für das Vorjahr ausbezahlt. *(SDA)*

Strafrecht
Zahl der verwahrten Straftäter deutlich zurückgegangen

Ende 2013 waren in der Schweiz 144 Straftäter verwahrt, die meisten davon in geschlossenen Strafanstalten. 2006, noch unter dem alten Sanktionsrecht, waren es 229 Straftäter gewesen. Dies geht aus einem Bericht über Verwahrungen hervor, den der Bundesrat gestern veröffentlichte. Bis 2006 konnten Gewohnheitsverbrecher und Täter mit einer psychischen Störung verwahrt werden. Nach neuem Recht dürfen Täter mit einer psychischen Störung nur dann verwahrt werden, wenn eine Therapie keinen Erfolg verspricht. *(SDA)*

Fahreignung
Bundesrat lockert Anforderungen an Autofahrer

Die Regierung hat die medizinischen Mindestanforderungen an Fahrzeuglenker aus den 70er-Jahren aktualisiert. Die wesentlichen Neuerungen betreffen das Sehvermögen. Die Sehschärfewerte und Gesichtsfeldgrenzen orientieren sich künftig an den europaweit üblichen Anforderungen, was eine leichte Lockerung der bisherigen Mindestanforderungen zur Folge hat. *(SDA)*

Spitalkosten
Komatrinker sollen nicht selber zahlen müssen

Wenn jemand wegen einer Alkoholvergiftung notfallmässig im Spital behandelt werden muss, soll die Krankenkasse die Kosten weiterhin tragen. Der Bundesrat lehnt eine Vorlage aus dem Parlament ab, die dies ändern will. *(SDA)*